

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Monu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Auslenkungsb. Ecole-Zeitung ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Zaale-Zeitung

Fünfundfünfziger Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milks-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restante
die 32 mm breite Milksmeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen aus
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenstände. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 3 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 13, Dr. Braunsstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24,
Postfach-Roma Leipzig Nr. 228 15

Nr. 424.

Halle, Sonnabend, den 10. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Das Reich und Bayern.

Von A. Erkelenz, M. d. R.

Der immer wieder auflodernde Streit zwischen dem Reich und Bayern hat zwei Ursachen. Der erste ist parteilich, der zweite ist national. Der erste ist parteilich, wenn man will, föderativer Natur. Wir leben in einem Zeitalter, das mit eherner Gewalt Will und Volkstümme zusammenzwingt, auch gegen ihren Willen. Und zwar drängt die Gewalt der Tatsachen die Stämme in den größtmöglichen Staatenverband. Das ist die Entwicklung von Bundesstaat zum Reich, von der Stammesgenossenschaft zum Reichsgewalt. Unter dem Druck dieser geschichtlichen Strömung sind die deutschen Staaten zum Reich zusammengewachsen. Durch diesen Druck ist es gekommen, daß das Reich, nach dem Fortfall der einzelstaatlichen Monarchie noch festler steht als vorher, und daß es nicht zerfallen kann, wenn wir es nicht etwa in ständischer Weise selbst zerbrechen. Das Reich wächst auch immer fester zusammen. Es hat in Österreich, in Oberitalien, in Dänemark moralische Eroberungen gemacht, trotz oder wegen des ungeheuren Kampfes ums Dazwischen. Es zu führen hat. Redet nicht vom Zerfall des Reiches! In einer Zeit, wo in ganz Österreich unter dem schwarz-roten goldenen Banner die gewaltige Volksbewegung zum Reich strebt, kann eine schwarz-weiß-rote Republik oder Monarchie Wunden sich nicht vom Reich trennen. Redet aber auch nicht von der Trennung Frankreichs von Bayern! Wir bleiben alle zusammen.

Der bayerische Volkstamm neigt stärker als andere zu einer Interventionen Beharrlichkeit. Das bringt die Landwirtschaft mit sich und die Berge, die in ihrer engen Unerreichlichkeit auf das bayerische Volk herabsehen. Die geschichtliche Entwicklung fördert oder man hat am vorwärts und kann, wie Raumann einmal gesagt hat, nicht warten, bis der letzte Bauer im Bayerischen Wald sich mit ihr ausgesöhnt hat. Er folgt dem schäftigen Rabe der Zeit etwas widerwillig. Daran sollte man ihm keinen Vorwurf machen. Diese Eigenart mag uns gelegentlich un bequem sein, wird aber dem gesunden Reichsbewußtsein nicht schaden. Sie kann ihm nicht schaden, wenn der Reichsbewußtsein nicht künstlich und fälschlich in einen schematisierenden Berliner Zentralismus umgewoben wird. Der bayerische Konterrevolutionismus macht aber auch nicht selten den Eindruck, als wolle er etwas Neues bloß darum nicht, weil es neu ist. Wir war es immer ein eigenartiges Gefühl, wenn ich in München sah, daß die Schulleute mit der preussischen Piefelhaube dahanden. Die preussische Piefelhaube galt in Bayern nach 1870 als das Symbol preussischer Herrschaft. Heute, nach fünfzig Jahren, ist die Piefelhaube in Preußen verschwunden und feiert ihre Wiederaufnahme in Bayern! Solcher Beispiele gibt es mehr in der bayerischen Geschichte. Nirgendwo war ursprünglich die Gegnerschaft gegen die deutsche Flotte so groß, als in Bayern; aber zwanzig Jahre später haben nirgendwo so viele Flottenjunker als in dem Starnberger See herum. Und als die U-Bootjaganten 1916 im Norden wenig Anflug fanden, gingen sie nach Süden und rebellierten in München. Wenn Bayern sich mal eine Reihe von Jahren an Republik und Demokratie gewöhnt hat, werden sie dort ihre wärmsten Befürworter finden.

Man sollte in diesen Tagen laut aussprechen, daß das bayerische Volk ganz überwiegend rechts ist. Die Drohscheit voll Vorhänden, die mit dem Abfall Bayerns vom Reich spielen, soll man nicht ernst nehmen. Etwas anderes ist allerdings ernst. Es hat in Bayern seit jeher eine Reihe von Meinungsmachern gegeben, die die im Volke leise zitternden Stimmungen und Bestimmungen zu arger Glut gegen das Reich entfacht haben. Früher wurden der preussische Junker, der preussische Militarismus u. a. als Schreckgespenst an die Wand gemalt, heute der Bolschewismus, die Kriegsgelüste, Berlin! Aber die politische Verantwortungslosigkeit dieser Gelehrten war früher und heute die gleiche. Wenn freilich jedes Volk die Presse hat, die es verdient, dann sind auch die ehrlich zeitschreuen Bayern nicht ganz schuldig an dieser Mache. Wir können und wollen gegen sie vom Norden aus nichts tun. Wir würden nur zu häufig handeln, wenn wir von dem Geschrei des „Wiesbader Anzeigers“ weniger Notiz nähmen. Der Schmeißlitzgen-Journalismus, der sich in gewissen Berliner Winkelzimmern sein Geld durch Schmeißlitzgen verdient, verdient sich in München mit politischem Geschimpfe.

Alles dies könnte aber nicht immer wieder zu Kriegen zwischen Bayern und dem Reich führen, wenn nicht die politische Reaktion in Bayern es verhanden hätte, sich in der und um die Regierung festzusetzen. Bayern ist das einzige Land, in dem die Zentralmächte an der Regierung beteiligt sind. Sie arbeiten dort mit aller Rücksichtlosigkeit auf die Wiedergewinnung der Macht im Reich hin und nutzen dabei alle föderalistisch-partikularistischen Stimmungen im bayerischen Volk für ihre reaktionären Zwecke aus. Da die große bayerische Presse zu mindestens fünfzig Prozent mit deutschnationalem Gebe

aus der Schwerindustrie arbeitet, so tutet der ganze Chorus nach deutschnationalem Laut. Nur die Reichsregierung schlecht machen, nur ihre Arbeit fördern, nur das bayerische Volk gegen die Reichsrepublik verkehren um jeden Preis! Was das Rhein-Weiß. Industriegebiet auch bejagt werden, mag Oberitalien verloren gehen, mag der Dollar hundert oder mehr Mark kosten: diese Reichsregierung muß Niederlage auf Niederlage erleben und darf keinen Erfolg haben! Es ist eine der größten Finten der Belgischsicht, daß in dem Lande, das derzeit so heftig gegen den deutschen Junker gewettert hat, und das nicht zum Reich wollte, weil es ein Junkerreich sei, heute der preussische Junker seine letzte Rettung unter schäuler Bezeichnung des bayerischen Partikularismus sucht.

Der bayerische Ministerpräsident, Herr von Raß, gefällt von bayerischen Monarchismus, steht ganz offensichtlich auf der Seite dieser preussischen Clique. Die Bayerische Volkspartei wagte es nicht, sich von ihm zu trennen, aus Furcht, der Berliner Presse oder auch der Sozialdemokratie damit eine Freude zu bereiten. So wird Herr von Raß wohl weiter regieren, und die kleinen Metterniche in seiner Umgebung werden sich weiterhin unbeliebt machen, ohne zu ahnen, wie viel ihr großer Vorgänger vor hundert Jahren der Wiederversehung deutscher Kraft geschadet hat.

Das einzig Erfreuliche in den Auseinandersetzungen dieser Tage war die rückhaltlose Entsehung der bayerischen Demokratie für den Reichsgedanken. Die bayerische Demokratie hat das Kreuz auf sich genommen, in der jetzigen bayerischen Regierungskabine durch ihre Mitarbeit die allerhöchsten Fehler der deutschnationalen Despoten zu verhindern. Eine unanfechtbare Aufgabe! Reichsregierung und Regierungsparteien helfen ihr, indem sie keine Demütigung oder Rechtsänderung, sondern eheliche Verständigung mit einem freien Bayern suchen.

Beratungen in München.

Wie die Münchener Blätter melden, hat im gestrigen Ministerrat, der um 5 Uhr nachmittags begann, ein Mitglied der nach Berlin entlassenen Kommission über die dortigen Verhandlungen Bericht erstattet, worauf der Ministerpräsident selbst das Wort ergriff, um seinen Standpunkt darzulegen. Die Verhandlungen wurden um 8 Uhr unterbrochen und um 9 Uhr wieder aufgenommen. Verschiedene Anträge legen die Vermutung nahe, daß der Minister mit schweren Entschlüssen ringt. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der heutige Tag die Koalitionsparteien vor die Möglichkeit einer Regierungskrise stellt. Es darf aber bekannt werden, daß in den Kreisen der Koalitionsparteien der ernste Wille besteht und nichts versäumt werden wird, um die Krise doch noch zu einer für das Reich und Bayern günstigen Lösung zu führen.

Die Zeitungsverbote.

Unter Vorbehalt des Reichsministers Dr. Gradnauer verhandelte Freitag nachmittag der Ausschuss des Reichstages über die Beschränkung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1918, veröffentlichten Zeitungen. Die beschränkten Zeitungen waren vertreten. Nach längerer Beratung des Ausschusses verfiel der Ausschuss mit Mehrheit seiner Mitglieder beschließen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt. Es kann auch nicht dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte belegen können. Jedenfalls ist der Ausschuss der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen könnten wegen des Verhaltens periodischer Zeitschriften vor dem Erlass der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben.

Es handelt sich um die „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Samburger Warte“ und „Heimatbote“ in Gera.

Wann werden die „Sanktionen“ aufgehoben?

Der „Antrankeant“ wirft die Frage auf, wann sich der Döberle Rat wieder versammeln werde. Bei seiner letzten Sitzung hatte er eine Resolution von 7 Fragen an den Reichstag gestellt. Der Oberste Rat hatte entschieden, wenn Deutschland bis zum 31. August 1 Milliarden zahlte, sollen die Zollsanktionen am 15. September fallen. Deutschland bezahlte, die Zollsanktionen soll also in acht Tagen aufgehoben werden, aber man weiß noch nicht, wer die Entscheidung treffen soll, der Oberste Rat oder jeder der Minister oder die Völkervereinigung. Was die militärischen Sanktionen am Rhein anbelangt, so besteht sich Frankreich vor, diese Verbesserung in den deutsch-französischen Beziehungen vorzuschlagen. Die Frage ist nun, wann dies geschehen soll. Die Studienreise, die Rouher und Viviani nach Düsseldorf, Duisburg und Aachen unternahmen, konnte die Haltung Frankreichs beeinflussen, aber auch das ist noch nicht gewiß. Es wäre möglich, daß sich der Oberste Rat versammelt, um die Letztinstanz Oberitaliens vor-

zunehmen. Wenn dies der Fall wäre, dann könnte der Oberste Rat nicht vor Ende Oktober zusammentreten, aber man muß fragen, was dann aus den anderen Angelegenheiten würde.

Zurückziehung der belgischen Besatzungstruppen.

Da Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen ist, ist man in Brüssel der Ansicht, daß die belgischen Truppen nicht mehr in den besetzten Ruhrdistrikten verbleiben sollen. Im Einvernehmen mit dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen befehlet der Minister für nationale Verteidigung, daß diese Truppen am 15. September in ihre belgischen Standorte zurückkehren sollen.

Warum die Amerikaner am Rhein bleiben wollen.

Von hoher militärischer Seite wird die „Chicago Tribune“ darauf aufmerksam gemacht, daß noch mit einem langwierigen Verbleib der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland zu rechnen sei, und zwar aus Gründen, die mit dem Vertrag von Versailles wenig zu tun haben. Alle hohen Offiziere der amerikanischen Armee, die im vergangenen Jahre Gelegenheit hatten, das amerikanische Besatzungsheer im Rheinland zu besichtigen, haben dem Kriegsministerium übereinstimmend berichtet, daß der Dienst im Rheinland eine so herbeizunehmende Ausbildungsschule für die amerikanische Armee sei, wie sie in der Heimat nicht vorhanden wäre. Man glaube daher, noch auf lange Zeit hinaus nicht auf die Ausbildungsmöglichkeiten im besetzten Gebiet verzichten zu können und werde das Besatzungsheer solange wie möglich dort belassen.

Vom Völkerbund.

Die dritte Kommission für Abrüstung und Reduktion trat gestern nachmittag unter Brantings Vorsitz zusammen und prüfte in öffentlicher Sitzung den Bericht der internationalen Blodadekommission. Das belgische Mitglied empfahl, die wichtigsten Gesichtspunkte des Berichts noch einmal zusammenzufassen. Viviani-Franzose wies auf die Gefahr hin, daß Artikel 16 zufolge ein Völkerbundsmitglied, das einem anderen Mitglied den Krieg erkläre, sich mit allen anderen Völkerbundsmitgliedern im Krieg befinde. Eine Unterkommission wurde beauftragt, den Bericht der internationalen Blodadekommission zu Schlussfolgerungen zusammenzufassen.

Die zweite Kommission für technische Organisation beschloß gestern nachmittag unter Jonescu (Rumänien) Vorsitz, daß künftig ihre Sitzungen öffentlich sein sollen. Hannover-Franzose legte in großen Zügen die schwierige Arbeit der technischen Organisation des Völkerbundes dar. Ador-Schweiz erstattete Bericht über die Tätigkeit der Wirtschafts- und Finanzkommission.

Die fruchtlose Arbeit in Genf.

Auch in den Kreisen der Entente verstärkt sich der Eindruck, daß der Völkerbund in keiner Weise seine Aufgaben erfüllt. Das liegt natürlich in erster Linie an seiner rein willkürlichen Konstitution und seiner ungewöhnlichen Satzung. Es ist eben ein reines Instrument der Siegerparteien, dem sich nur unter dem übermächtigen Druck der härtesten Weltöffentlichkeit die Neutralen angeschlossen haben. Solange Amerika, Deutschland und Rußland in diesem Völkerbund nicht vertreten sind, und so lange er fernab von allen wachstümlich freundschaftlichen Grundgedanken ist, wird er zu keiner Lebenskraft gelangen. Seine erfolglose Arbeit wird jetzt auch in der Ententeperiode rückfalls zugegeben. Auch in seiner jetzigen Tätigkeit hat er nur neue Kommissionen, Delegierte und Berichterstatter ernennt, aber irgend eine positive Leistung vermag er nicht aufzuweisen. Er könnte gewiß seine Stellung außerordentlich heben, wenn er in der oberflächlichen Frage eine gerechte und schnelle Entscheidung trafe. Aber von der Schnelligkeit hat man bisher nichts gemerkt, und man kann nur wünschen, daß es dafür um die Gerechtigkeit etwas besser bestellt sein möchte. Inzwischen hat die Budgetkommission des Völkerbundes vorgezogen, den Sitz des Völkerbundes aus Genf zu verlegen, weil die Schweiz infolge der valutarischen Verhältnisse zu teuer sei. Sie schlägt als Sitz des Völkerbundes Brüssel vor. Die Verlegung des Völkerbundes in das Land eines Entente-Staates müßte vor aller Welt den Charakter des Bundes noch stärker ausprägen. Daß man hier nicht wenigstens einen anderen neutralen Staat vorschlägt, ist schon charakteristisch. Freilich haben alle neutralen Staaten einen Anspruch ihrer Neutralität, und jede Stadt würde gleich Genf von der Konjunktur profitieren wollen. Es mißfällt überall.

Root Vorsitzender des Weltgerichtshofes?

In Genf Völkerbundstreifen wird behauptet, daß entgegen anderslautenden Informationen Senator Cuihu Root geneigt sei, die Präsidentschaft des Haager Weltgerichtshofes anzunehmen. Root sei für diesen Posten von 5 Mächten nominiert worden und habe bisher nichts von einer Ablehnung verlauten lassen.

Domers Reise nach London.

Finanzminister Doumer sprach sich vor seiner Abreise gegenüber einem Vertreter des „Temps“ über den Zweck seiner London-Reise folgendenmaßen aus: „Ich gehe keineswegs nach London, um Verhandlungen einzuleiten, ebensowenig wie nach Belgien, um Verhandlungen zu verhandeln. Alles, was ich in London zu tun habe, ist, in einer bescheidenen Besprechung mit den englischen Sachverständigen die Ansichten und Wünsche des französischen Ministerrats bekanntzugeben. Die eigentlichen Verhandlungen zu führen, wird Aufgabe des Ministers des Auswärtigen sein, und zwar, wenn es soweit ist, mit Unterstützung der Finanzadjutanten. Es handelt sich also wohlgerne nur um einen einfachen Meinungsaustausch über das Finanz-Wesen vom 13. August.“

Clemenceau redivivus!

Der „Tiger“, der sich gegenwärtig auf Corsica erholt, scheint ins politische Leben zurückkehren zu wollen. Die Mehr haben nach dem Pariser Verzichtsbuch, wonach Clemenceau die Nachfolge des verstorbenen Generals de Franchim im Abgeordneten-Kammermandat angetragen werden soll, eine sehr unglückliche Aufnahme bereitet. In Paris aber soll mit der Eröffnung der Kammer eine neue Clemenceau-Zeitung herausgegeben werden, deren Hauptmitarbeiter Lardieu, Mandel und Ignace sein sollen.

Ein neuer Ueberfall in Oberschlesien.

Das Auto der Deutschen Grundbesitzer, in dem der Direktor der Verwaltung lag, wurde bei Hohenlinde von Gendarmen, die scharfe Gewehrfeuer abgaben, überfallen. Der Direktor wurde durchschlagen und ihm das Geld, die Wechsel sowie seine Ausweispapiere und eine Aktenmappe mit Indultkarteien entnommen. Man nimmt an, daß es sich dieses Mal nicht um Polen, sondern um Kommunisten handelt, die den Ueberfall unternahmen, um in den Besitz gewisser Papiere zu gelangen.

Die Frage der steuerlichen Erfassung der Sachwerte

Wird in vertraulichen Beratungen der Kassiers weiter geprüft. Das Reichskabinett als solches hat sich noch nicht erneut mit dieser Seite der Steuerfrage befaßt und noch keinerlei Entscheidungen getroffen. In sozialdemokratischen Kreisen herrscht die Anschauung, daß eine Beratung der Steuerfragen, insbesondere der Besitzsteuern, nicht möglich sein dürfte, ehe nicht die grundsätzliche Frage der Erfassung der Geldwerte entschieden ist. In diesem Sinne hat sich bereits der sozialdemokratische Vorkomm in Brandenburg ausgesprochen und man kann, wie es in der Werbung der mehrheitssozialistischen Zeitungsforengebände heißt, mit Bestimmtheit annehmen, daß der sozialdemokratische Parteitag in Götting sich fast auf den gleichen Standpunkt stellen wird.

Deutschnationale Parlamentsarbeit.

Ende März ds. Js. stellten im Preuß. Landtag Deutschnationale einen Antrag auf tündliche Verschönerung und größtmöglichen Kräfteinsatz zur Steuervermehrung der Arbeitslosigkeit. Anfang April stellten die Kommunisten Anträge gleichen Zieles. Anfang Mai wurden beide Anträge vom Plenum dem Ausschuss für Handel und Gewerbe übergeben, der seinen Auftrag noch in demselben Monat innerhalb einer einzigen Sitzung erledigte. Diese schnelle Arbeit wurde im wesentlichen dadurch ermöglicht, daß den Beratungen ein Antrag des demokratischen Abg. Hartmann als Unterlage diente, der unter Berücksichtigung der bereits vorliegenden Anträge eine Reihe von Vorschlägen enthielt, die mit einigen Abänderungen und Ergänzungen vom Ausschuss angenommen wurden. Seitdem ist in dieser Sache über allen Wipfel Ruhe geworden.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Sonntag, 11. September. Inhalt: Geschmückt mit Weißstirnigen Bändern . . . Roman von Fred Kellus. — Vorer. Von Richard Kieß. — Bunte Zeitung. — Rätsel.

Theater-Despotismus.

Von
Fritz Propp.

(Nachdruck verboten.)

Das schöne Wort von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist auch im Reiche der Bühne kein Fremder für die Anfänger und Jünger, und wenn die Kunst Talents ihrer inneren Organisation nach demokratisch (oder oligarchisch) ist, so besteht sie doch nur unter der Sonne eines höheren Prinzips. Alle große Kunst ist immer aristokratischer Natur, und selbst wenn sie in die dunklen Nebelungen der Bewusstheit hinuntersteigt, muß sie von jener Kraft getragen sein, die nicht am Boden haftet. Und wenn sie hundertmal im Jahr zum Strauchhauer einzelner Parteien wird, so muß sie eben oft den hehren Tempel öffnen, der alle Menschen vereinigen und verschlingen soll.

Wir haben schon viel weiter, wenn der Einfluß des Publikum, der den Saison, wie die bürgerliche Welt und den Arbeitsfall, die Sitzungen der politischen Kammergeister wie die Maßnahmen der staatsrechtlichen Verwaltung, gebunden wäre; wenn wir ein von ahnungslosen und eiteln Jünglingen erfülltes Theaterpublikum hätten. Aber wenn unsere Bühnenleiter warten wollen, bis dieser Traum zur Wirklichkeit würde, wäre wohl der letzte Kunststücker Hunger gestorben, weil die Theater leer stehen würden. Aus dieser Notlage ergibt sich vor allem die Bedeutung eines Bühnenleiters, der von der hohen Kulturansprüche des Theaters durchdrungen ist und sich in seiner Verantwortlichkeit nicht durch Einfüllungen, Ränke oder Drohungen von inkompetenten Seite beirren läßt. Daran Wille hat einmal gesagt, daß Theater gebore unter die Macht eines gebildeten Despoten. Hier ist es in kürzester Formel gebracht, was uns nur tut: ein Spielmeister (nicht nur Spielleiter) von Geschmack, ein Kenner von Willen, ein Despot von Kultur. Gerade, weil es im Theaterleben kein Hof und niedrig, kein Bornem und gering geben darf, sondern immer nur Künstler, die etwas leisten, wird die Stellung des

Der Berichterstatter des Ausschusses, der deutschnationale Abg. Clarfeld, hat seit Mai bis zum Beginn der Parliamentsferien nach nicht die Zeit gefunden, seinen Bericht anzufertigen oder die Berichtserstattung in andere Hände überzulassen. Die Folge dieser Verschleppungsmethode ist, daß die Vorstände des Landtagsausschusses von denen des Reichstages, der sich vor den Ferien mit demselben Gegenstand beschäftigt hat, überholt werden dürften. Die Schuld daran trägt lediglich der deutschnationale Berichtsersteller, der es nicht für notwendig gefunden hat, seine Aufgabe rechtzeitig zu lösen. Wenn wichtigere Dinge ja in die Länge gezogen werden, kann es nicht Wunder nehmen, daß in den breiten Massen des Volkes das Vertrauen zu den gegebenen Körpern immer mehr geschwindet. Ist das etwa die Absicht des deutschnationalen Berichtserstatters? Und was sagen seine politischen Freunde zu dieser ganz außergewöhnlichen Verschleppung, die noch dazu ihren eigenen Antrag trifft. Wo es eigene Parteiinteressen gilt, geht es den Deutschnationalen allerdings im Gegensatz dazu nicht schnell genug. So protestieren sie jetzt gegen die Vertagung des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages, obwohl sie durch die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wohl begünstigt war.

Der Krieg im Burgenlande.

Das Treiben der rechtsbürgerlichen Elemente in Ungarn hat nunmehr tatsächlich dahin geführt, daß in Westungarn der Krieg in aller Form entbrannt ist. Der Friedensvertrag von Trianon hat das sogenannte Burgenland Deutschösterreich zugehörig. Die Regierung Dorthys hat die Uebergabe des Gebietes bis jetzt hinausgeschleppt, und nun, wo sie erfolgen soll, greifen die ungarischen Militärs zur offenen Gewalt. Die Landesverwaltung des Gebietes hat sich bereits bis nach Wiener-Neustadt zurückgezogen, und vor den ankommenden Freischärlern sind die österreichischen Gendarmen gleichfalls zurückgenommen worden. Die Exzente hat zwar in scharfer ultimativer Form gegen den ungarischen Gewaltakt protestiert, sie hat aber gleichzeitig der österreichischen Reichswehr die Anwendung von Gewalt unterlag. Die Regierung Dorthys beteuert zwar, daß sie an dem Gewaltakt unschuldig sei, aber es geht schließlich nicht an, jetzt die Schuld auf die Serben zu schieben, die die ungarische Regierung seit zwei Jahren gerufen hat. Inzwischen lauten auch die Nachrichten über die Beteiligung aktiven ungarischer Militärs an dem Putsch immer bestimmter. Obendrein hat die Regierung Dorthys gegen die Republik Deutsch-Österreich eine Rolle gespielt, die man nur in hohem Maße als unglücklich bezeichnen kann. Ungarn, das in seinem Rechtsstand ein reiner Agrarstaat geblieben ist, ist infolgedessen, Nahrungsmittel auszuführen. Es hat jedoch die Lebensmittellieferungen an Deutsch-Österreich eingestellt. In dem unstrittigen Gebiet zeigen sich jetzt wieder allerlei Unruhenerscheinungen, die uns als Begleiterscheinungen des Krieges bekannt sind. Die Arbeitererschaft und auch sonst viele Bewohner fliehen, um ihre geringe Habe und vor allem ihr Leben gegen die gewalttätigen Banden in Sicherheit zu bringen. Es wird ersichtlich sein, daß die Ententemächte mit allem Nachdruck Budapest zur Vernunft bringen. Mitteleuropa kann diesen Kriegsherd am wenigstens an seinem Leide ertragen.

Die österreichische Regierung hat der internationalen Generalkommission in Oedenburg mitgeteilt, daß sie wegen der Ueberfälle auf Gendarmenposten und wegen des Verbotens, andere Kräfte zur Sicherung des Burgenlandes zu verwenden, die Gendarmen aus dem Burgenlande nach und nach bis an die Landesgrenze zurückziehen werde, um die nach einem unüberführbaren Plane zur friedlichen Besetzung ins Land gerufenen Gendarmen nicht weiter der Gefahr auszusetzen.

Bühnenleiter niemals in äußerlicher Machtstellung absetzen, sondern nur von eigenem Amtsrücktritt bestimmen.

Wo der Direktor nicht als positive Kraft an der Spitze seines Unternehmens sichtbar wird, hilft ihm kein Titel und kein Staatsdiplom. Die feste Hand eines Führers muß zugreifen können, wenn die Fäden der Disziplin sich lockern und das Hausgesetz durch Stühle und Liebes, durch Mißgunst und Mollenleid gefährdet wird. Man ist kein Intendant, weil man tagtäglich als Herr und Meister auf dem Spielplatz steht, so wenig wie man zum Kritiker wird, wenn man immer wieder behauptet, alles besser zu wissen. Je mehr der Bühnenleiter sein Schauspiel und Sätze zu Mitarbeitern ergreift, je mehr er in jedem Maschinen- und Bühnenarbeiter den Glauben an die Mithrasanerkennung zu wecken weiß, um so leichter ist es ihm, sie von der Größe seines eigenen Willens zu überzeugen, um so leichter werden alle, die zum „Bau“ gehören, an den Baumleiter glauben.

Man erzählt in Waldheim mit Wohlwille eine sehr beglückende Wagner-Anekdote: Als ein paar Theaterleiter nach der ersten Pariser-Aufführung (1882) das Mädel der tadellosen arbeitenden Gesamtorganisation errichten wollten und nicht müde wurden, die erstaunliche Durchbildung aller speziellen und multitaligen Vorgänge zu bewundern, bezeichnete der Meister den Erfolg als eine Leistung der Natur, weil in seinem Geiste jeder nur, was er wollte, nicht was das Mädel! Zudem hat das Werk zu verstanden und den Zweck der erfindlichen Wirkung begriffen hatte, was das Ideal jener Harmonie erreicht, die jedem Einzelnen gemessen war. Der Kern des Problems aber lag in der Ueberzeugung, mit der Wagners Genie die Ententemächte vorher aus seinem Tempel verbannt hatte. Ein Despot hätte aber hundert andere triumphiert, weil jeder seinen eigenen Willen durchzusetzen glaubte.

In seinem grundlegenden Werke über „Regie“ hat auch Carl Hagemann auf die Abgrenzung des Theaterleiters hingewiesen und er trifft ins Schwarze, wenn er sagt: „Ich kann mir als Theaterleiter die nötigen Verwaltungs- und Rechenarbeiten, wenn es sein muß, sogar einem kaufmännischen Direktor halten. Nur der führende Künstler muß ich selber sein.“ Hagemann hat in dem Direktor den primus inter pares er Will keinen Theaterleiter, der sich nur durch Kunstgriffe und Anschläge an „Schwarzen Bret“ in Erinnerung bringt, sondern der von Zeit zu Zeit selbst dort und unter seine Mitglieder tritt und ihnen zeigt, wie etwas Gutes zustande kommt. Er muß Mensch zu Menschen und Künstler zu

Die Sanierung Oesterreichs.

Die Wiener Staatskassen sind melior über die Ergebnisse der Arbeit des Bundesministers für Finanzen, Dr. Grimm: Der Bundesminister hat bei den beteiligten Organen und eingehenden Beratungen in Paris, London und Rom feststellen können, daß sowohl bei allen Organisationsstellen des österreichischen Finanz- und Sanierungsproblem, so wie es fernerzeit von der österreichischen Regierung und den Vertretern des Finanzkomitees des Bundes abgearbeitet werden ist, ungeteilt Billigung findet und allgemein als Grundlage der weiteren Aktion festgehalten wird. Die Darlegungen des Ministers über die energigen Maßnahmen, die in Oesterreich Parlament und Regierung zur Abwehr des Defizits ergreifen, haben den größten Eindruck gemacht und es wurde übereinstimmend anerkannt, daß Oesterreich, so viel an ihm lag, der Verwirklichung des Sanierungsprogramms vorgezogen werden sollte und beantragten könne, daß nunmehr auch die zugehörige Hilfe des Auslandes wirklich eintrifft. Diese scheint gesichert und hängt, nachdem bereits alle Länder mit Ausnahme Amerikas für sich die Zurückstellung der Generalprivilegien ausgesprochen haben, lediglich davon ab, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten, die übrigens bei jeder Gelegenheit ihr Wohlwollen für die österreichischen Sanierungspläne ausgedrückt hat, jermell diesen Erklärungen beitrifft. Sobald dies geschehen ist, werden die bereits gesicherten ersten Vorstöße und ausländischen Kredite flüssig gemacht werden. Die mannigfachen Besprechungen des Bundesministers für Finanzen mit den Mitgliedern des Finanzkomitees des Bundes und die Verhandlungen der letzteren mit den in Genf anwesenden sonstigen Persönlichkeiten hatten den Erfolg, daß schon für die nächste Zeit, das heißt bevor noch die volle Zustimmung der Mitgliedsstaaten vorliegt, die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zugesagt wurde. Der Bundesminister für Finanzen will am Dienstag im Finanzsaal und tags darauf im Nationalrat über seine Verhandlungen ausführlich berichten.

Die allmähliche Liquidation des Sowjetsystems.

Auf Grund einer neuen Verfügung des Rates der Volkskommisars, die am 1. September russischer Zeitrechnung in Kraft treten soll, bleiben nur noch folgende Gruppen in staatlicher Verfügung: 1. Die Angehörigen der roten Armee und Flotte, 2. Die Arbeiter und Bediensteten der staatlichen Betriebe, insbesondere der Eisenbahnen und anderen Verkehrsunternehmungen, 3. die Familien dieser letzten Gruppen, bei der zweiten Gruppe jedoch nur die arbeitsunfähigen Familienmitglieder, wenn sie keine sonstige Verpflegungsmöglichkeit haben, die der staatlichen sozialen Fürsorge anheimfallenden Personen, wie die Invaliden usw. Dieser Beschluß bedeutet nicht weniger als die Aufhebung der Besensmittelration und damit also einen neuen wichtigen Schritt in der Richtung der Liquidation des Sowjetsystems.

Für Rußland alles — für Deutschland nichts

Mit unerhöhlener Freude berichtet der komm. „Kämpfer“ in Genua, daß die Belgierhaft der Elitewerke in Branderborsdorf einstimmig beschlossen habe, für die hundertenden Brüder in Rußland an zwei Sonnabenden je drei Stunden Ueberarbeit zu leisten. — Als im vorigen Jahre die schärfste Regierung denkwürdigste Maßnahmen, die schärfsten Vergleiche, täglich eine Ueberbürde zu leisten, wurde das absehlend, trotz unbeschreiblicher hoher Bezahlung in bar, in Lebensmitteln und Textilien.

„Künstlern sein!“ Vorbedingung zu allem aber ist, daß die Arbeit des Theaterleiters nicht durch allerlei Nebenberden behindert wird, und der größte Arbeitsfaktor an jeden Kunstsinntät ist eine Kommission von Dänen, deren Mitglieder vom Theaterbetrieb nichts verstehen und vielleicht ein Verhältnis zu irgendwelcher Künstlerin, nicht aber zur Kunst haben. Das Amt des Intendanten darf nicht unter die Distanz stellen, was der Intendanten gesehe werden, wenn seine schöpferische Kraft nicht unterdrückt werden soll. Weiraum ist die Sonne, die der leitenden Künstler tagtäglich an und in sich haben muß. Sonst wird er niemals Herr und Meister sein! Dieses Meister-Sein ist allerdings nie so einfach zu machen, wie in der heutigen Zeit, wo Majoritätsentscheidungen manchmal mehr bedeuten als das Wort einer weitestehenden Minderheit oder der Betriebsrat in Fragen von einschneidender Bedeutung ratlos ist. Die Dänen vernehmlicher Primadonnen und eifersüchtiger Tendenz gehören schon zu den feineren Hebeln, wenn jeder technische Mitarbeiter sich im wichtigsten Augenblick durch Arbeitsverweigerung an der Theaterleitung zu rächen sucht. Hier muß ein überlegener Geist zu neuer Ordnung rufen. Sonst muß ein überlegener Geist an Kunst! Der schlaueste aller Despoten ist die Beschränktheit.

Neue Werte von Richard Strauß und Hans Pfitzner. Richard Strauß hat ein neues Werk, das die Opuszahl 71 trägt, vollendet. Der Titel lautet: Drei Hymnen von Friedrich Schiller für eine hohe Einklänge und großes Orchester. Nr. 1 Hymne an die Liebe. — Nr. 2 Märchen in die Heimat. — Nr. 3 Die Liebe. Komponiert wurden die Gedichte während der letzten Reise von Richard Strauß nach Südamerika in den Monaten November und Dezember 1920 an Bord der „Almburgia“. Die Uebersetzungen werden sowohl in der Originalausgabe für Gesang und Orchester, wie im Klavierauszuge mit Gesang im Verlage der Firma Adolph Fritzsche in Berlin demnächst erscheinen. — Hans Pfitzner, der nach seiner Vertreibung durch die Franzosen aus Straßburg ein neues Heim am Ummenfer in Oberbayern gefunden hat, wo er jeden seine große „Kommantische Cantate“ nach Schillers „Götterdämmerung“ Josef v. Widendorff für Soli, Chor und Orchester vollendet hat, bezieht sich nun wieder auf ausgezeichnete Geisteskräfte. Die Cantate ist ein poetisches, abendfüllendes Werk, dessen 1. Teil den Inhalt: Mensch und Natur und dessen 2. Teil den Inhalt: Leben und Eigen führt. Im November wird Hans Pfitzner dann die Leitung der Meisterklasse für Komposition an der „Akademie der Künste“ in Berlin wieder übernehmen.